

# EinBlick

## von und nach Berlin



**Maria Michalk**

Mitglied des  
Deutschen Bundestages  
direkt gewählte Abgeordnete der CDU im  
Wahlkreis 156  
(Bautzen 1)



**Büro im Deutschen Bundestag**

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 7 33 30

Fax: (030) 227 – 7 66 81

E-Mail: [maria.michalk@bundestag.de](mailto:maria.michalk@bundestag.de)

**Wahlkreisbüro Bautzen**

Hohengasse 16, 02625 Bautzen

Tel.: (03591) 35 12 05

Fax: (03591) 35 12 07

E-Mail: [maria.michalk@wk.bundestag.de](mailto:maria.michalk@wk.bundestag.de)

Internet: [www.maria-michalk.de](http://www.maria-michalk.de)

Bautzen, den 11. September 2014

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach der parlamentarischen Sommerpause heißt es nun wieder: anpacken für unser Land. Große Herausforderungen liegen sowohl innenpolitisch, als auch außenpolitisch vor uns.

Der erste Schritt zu einem Bundeshaushalt ohne Neuverschuldung ist mit der ersten Lesung in dieser Woche getan. Auch die mittelfristige Finanzplanung ist in diese Richtung gesetzt. Voraussetzung ist, dass die gute Konjunktur anhält, die Einnahmen weiter stabil bleiben. Aber die Sanktionen gegenüber Russland, einem unserer wichtigsten Exportpartner, vor allem in den neuen Bundesländern, wirken sich direkt auf die wirtschaftlichen Beziehungen aus. Deshalb hat die aktuelle Situation in der Welt mehr als sonst die Haushaltsdebatte bestimmt. Was zu den einzelnen Ressorts zu bemerken ist, lesen Sie wie gewohnt auf den folgenden Seiten.

Stark in die Debatte ist auch eingeflossen, wie sich die Lebensverhältnisse in den neuen Bundesländern entwickelt haben. Ohne Mauerfall vor 25 Jahren wäre die Lebenserwartung der Ostdeutschen nach Einschätzung des Rostocker Max-Planck-Institutes deutlich geringer als sie heute tatsächlich ist. Die Lebenserwartung der Männer wäre um 6,2 Jahre und die der Frauen um 4,2 Jahre niedriger. Der Zugewinn an Lebenszeit ist definitiv in die Bilanz der Deutschen Einheit einzubeziehen. Und wenn man dann noch bedenkt, dass Dank Prävention in Sicherheitsfragen und einer immer besser werdenden Notfallmedizin, die Zahl der Verkehrstoten trotz steigender Mobilität so gering wie nie ist, dann ist auch das ein Grund zur Freude. Der uns vorgelegte Unfallverhütungsbericht im Straßenverkehr 2012 sagt, dass es 3339 tödlich verunglückte Menschen gab. Das sind 261 weniger als im Vorjahr. Mit anderen Worten: zwei Mal so viele Menschen, wie sie in meinem Heimatort Spreewiese leben, hat Gott sei Dank dieses Schicksal nicht ereilt. Die am stärksten gefährdete Altersgruppe sind nach wie vor junge Männer im Alter zwischen 18 und 24 Jahren.

Ich wünsche Ihnen jederzeit eine unfallfreie Fahrt in eine schöne Spätsommerzeit.

Herzliche Grüße

## I. Die Woche im Parlament

1. **Gedenkstunde aus Anlass des 75. Jahrestags des Beginns des Zweiten Weltkriegs.** Am 1. September 1939 überfielen deutsche Truppen Polen. Dies war der Auftakt eines mörderischen Weltkrieges, an dessen Ende Europa und weite Teile der Welt in Trümmern lagen. Die nationalsozialistischen Verbrechen haben millionenfach unsägliches Leid gebracht. Mit der deutsch-französischen Aussöhnung, der Westintegration und der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands und Europas nach dem Ende des Kalten Krieges haben wir in Europa die richtigen Lehren aus der Vergangenheit gezogen. So ist es heute ein „erfreulicher Normalfall“, dass der polnische Staatspräsident, dessen Land 1939 von Deutschland und der damaligen Sowjetunion ein weiteres Mal geteilt und von der Landkarte getilgt wurde, im Deutschen Bundestag aus Anlass des Weltkriegsbeginns spricht.

### 2. Bundeshaushalt 2015 und Finanzplanung bis 2018

2.1. **Einbringung und allgemeine Finanzdebatte.** Unsere Kernbotschaft lautet: Wie versprochen, sinkt die Nettoneuverschuldung 2015 weiter, und zwar um 6,5 Milliarden Euro. Damit erreichen wir die *schwarze Null*. Mit großem Abstand halten wir zudem die nationalen und europäischen Defizit-Regeln ein. Deutschland wird damit seiner Vorbildrolle in Europa nachhaltig gerecht. So sorgt unser Finanzplan bis 2018 für die Verstetigung O-Verschuldung. So können wir jetzt auch die gesamtstaatliche Schuldenstandquote bis 2017 auf unter 70 Prozent und in den nächsten zehn Jahren auf unter 60 Prozent reduzieren, so wie in den Stabilitätskriterien vereinbart.

2.2. Die Ausgaben des Bundes 2015 sollen nach dem Regierungsentwurf 299,5 Milliarden Euro betragen. Im Vergleich zum Vorjahr steigen sie um 3 Milliarden Euro bzw. ein Prozent. Die *prioritären Maßnahmen* des Koalitionsvertrages mit einem Gesamtvolumen von mehr als 23 Milliarden Euro werden nunmehr im Detail veranschlagt und damit in die Praxis umgesetzt. Insbesondere werden die Länder und ihre Kommunen entlastet, um die Herausforderung bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen besser bewältigen zu können.

In den anstehenden parlamentarischen Beratungen arbeiten wir entschlossen darauf hin, in einem unruhiger gewordenen wirtschaftlichen und geopolitischen Umfeld den letzten großen Schritt hin zur Nullverschuldung tatsächlich verwirklichen zu können.

2.3. **Inneres.** Der Einzelplan weist 2015 Ausgaben in Höhe von 5,73 Mrd. Euro auf. Der größte Anteil entfällt weiterhin auf die Innere Sicherheit. Das *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge* (BAMF) wird durch 50 zusätzliche Stellen gestärkt, um eine Beschleunigung der Asylverfahren zu erreichen. Bereits 2014 waren 300 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Die zusätzlichen Stellen

werden solange im Haushalt verbleiben, wie das gegenwärtige Niveau der Asylanträge bestehen bleibt. Für Integrationskurse sowie aufgrund der weiterhin hohen Zahl syrischer Flüchtlinge werden insgesamt 49 Mio. Euro zusätzlich vorgesehen.

- 2.4. **Justiz und Verbraucherschutz.** Der Haushalt hat ein Volumen von 663 Mio. Euro und steigt damit gegenüber 2014 moderat um 2,3 Prozent an. Enthalten sind auch Programmausgaben für die *Stiftung Warentest* und die *Verbraucherzentrale Bundesverband*.
- 2.5. **Gesundheit.** Der Bundeszuschuss zur pauschalen Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für gesamtgesellschaftliche Aufgaben, die sogenannten versicherungsfremden Leistungen, beläuft sich auf 11,5 Mrd. Euro. Seine Absenkung über 2,5 Mrd. Euro wird durch eine Entnahme aus der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds vollständig ausgeglichen. Die positive Finanzentwicklung der gesetzlichen Krankenversicherung hat zu einer Liquiditätsreserve von 13,6 Mrd. Euro geführt.
- 2.6. **Bundeskanzleramt.** Der Etat der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes steigt gegenüber 2014 geringfügig um 0,4 Prozent auf 2,1 Mrd. Euro. Darin enthalten sind die Ausgaben der Beauftragten der Bundesregierung für *Kultur und Medien* sowie der Beauftragten für *Migration, Flüchtlinge und Integration*.
- 2.7. **Wirtschaft und Energie.** Der Etat soll 7,1 Mrd. Euro betragen. Die Ausgaben für Wirtschafts- und Technologieförderung werden auf hohem Niveau fortgeführt. An den im Koalitionsvertrag vereinbarten zusätzlichen 3 Mrd. Euro für Forschung und Entwicklung ist das Ressort 2015 in einem Umfang von rund einem Viertel beteiligt. Das *Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand* (ZIM) wird auf 543,5 Mio. Euro aufgestockt und verstetigt. Die Bedeutung der Gemeinschaftsaufgabe „*Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur*“ wird durch die Erhöhung der Ausgaben um 30 Mio. Euro gegenüber dem Finanzplan unterstrichen. Damit wird ein weiterer Schritt der im Koalitionsvertrag vereinbarten Anhebung der Gemeinschaftsaufgabe vollzogen.
- 2.8. **Verteidigung.** Die für den Verteidigungshaushalt vorgesehenen Ausgaben betragen im Regierungsentwurf 32,3 Mrd. Euro. Bis 2018 sollen diese Mittel auf 32,9 Mrd. Euro ansteigen. Die vorgesehenen Ausgaben für militärische Beschaffungen betragen 2015 rund 4,4 Mrd. Euro und sollen bis 2018 auf 5 Mrd. Euro ansteigen.
- 2.9. **Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.** Die Ausgaben werden auf dem Niveau von 6,45 Mrd. Euro stabilisiert. Damit kann Deutschland wichtige Impulse in der Welt setzen. Für ODA-relevante Ausgaben werden gegenüber

der ursprünglichen Finanzplanung zusätzlich 400 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

- 2.10. **Auswärtiges Amt.** Die Ausgaben werden auf 3,4 Mrd. Euro beziffert. Das Kapitel „*Sicherung von Frieden und Stabilität*“ umfasst ein finanzielles Volumen von 1,23 Mrd. Euro und damit mehr als ein Drittel der Gesamtausgaben. Das Auswärtige Amt erhält zusätzliche ODA-relevante Haushaltsmittel in Höhe von 87 Mio. Euro für Afghanistan, Syrien, Krisenprävention und die Transformationspartnerschaften.
- 2.11. **Bildung und Forschung.** Die Zukunftsbereiche Bildung, Wissenschaft und Forschung haben weiterhin hohe Priorität. Der Etat steigt 2015 im Vergleich zum Vorjahr um rund 1,3 Mrd. auf 15,3 Mrd. Euro an. Der Bund entlastet die Länder bei der Finanzierung von Studienplätzen und beim Ausbau der frühkindlichen Betreuung. Zudem übernimmt er die vollständige Finanzverantwortung für das *BAföG*, wodurch die Länder dauerhaft um 1,17 Mrd. Euro pro Jahr entlastet werden. Es ist vereinbart, dass sie die frei werdenden Mittel vollständig für Hochschulen und Schulen verwenden. So wird in dieser Legislaturperiode ein weiterer Schub an Investitionen im Bildungsbereich von insgesamt 6 Mrd. Euro möglich.
- 2.12. **Arbeit und Soziales.** Die Leistungen des Bundes an die gesetzliche Rentenversicherung sind auch 2015 der größte Ausgabenposten im Bundeshaushalt. Sie belaufen sich auf 84,9 Mrd. Euro. Seit 2014 erstattet der Bund den Kommunen die vollständigen Nettoausgaben im Bereich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Dafür sind 2015 rund 5,9 Mrd. Euro veranschlagt. Die Leistungen beim Arbeitslosengeld II und bei der Beteiligung an den Kosten der Unterkunft und Heizung steigen gegenüber dem geltenden Finanzplan um 1,6 Mrd. auf 23,8 Mrd. Euro. Hier gehen leicht erhöhte Annahmen bei Arbeitslosenzahlen und Regelbedarfsanpassungen ein, ebenso zusätzliche Entlastungen der Kommunen. Die Bundesagentur für Arbeit wird voraussichtlich Überschüsse erzielen und ihre allgemeine Rücklage in Höhe von 2,4 Mrd. Euro weiter aufbauen können. Alles in allem wächst der größte Einzelplan um 2,3 Prozent auf 124,8 Milliarden Euro an.
- 2.13. **Ernährung und Landwirtschaft.** Der Regierungsentwurf sieht Ausgaben von 5,3 Mrd. Euro vor. Davon entfallen 3,7 Mrd. Euro auf die soziale Flankierung des Strukturwandels in der Landwirtschaft. Die Gemeinschaftsaufgabe „*Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes*“ erhält für die agrarstrukturelle Entwicklung Bundesmittel in Höhe von effektiv 600 Mio. Euro. Damit leistet der Bund auch künftig einen maßgeblichen Beitrag zur zielorientierten Unterstützung ländlicher Regionen. Zudem wird ein neues „*Bundesprogramm Ländliche Entwicklung*“ aufgelegt, das einen Ansatz von jährlich 10 Mio. Euro erhält.

- 2.14. **Familie, Senioren, Frauen und Jugend.** Der Etat steigt auf 8,4 Mrd. Euro. Der weitaus größte Anteil entfällt mit 5,4 Mrd. Euro auf das Elterngeld, bei dem sich die Lohnsteigerungen niederschlagen. Mit Einführung des Elterngelds Plus und des Partnerschaftsbonus ab Juli 2015 wird eine Teilzeittätigkeit während des Elterngeldbezuges gefördert. Überdies setzt die Einführung von vier Partnerschaftsmonaten Anreize für gemeinsame Betreuung von Kleinkindern sowie für Erwerbstätigkeit beider Elternteile. Bei der stufenweisen Einführung des Betreuungsgeldes umfasst die Anzahl der berechtigten Kinder 2015 erstmals zwei nahezu vollständige Jahrgänge. Hierfür ist 1 Mrd. Euro gegenüber 515 Mio. Euro im Jahr 2014 vorgesehen.
- 2.15. **Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.** Für 2015 sind Ausgaben in Höhe von rund 3,9 Mrd. Euro veranschlagt. Die 2014 auf 700 Mio. Euro angehobenen Mittel für die Städtebauförderung werden fortgeschrieben. Ebenso wird das 2014 neu aufgelegte 44 Mio. Euro-Zuschussprogramm „*Altersgerecht umbauen*“ der KfW-Bankengruppe fortgeführt. Für die im Koalitionsvertrag angekündigte Wohngeldreform wird finanzieller Spielraum geschaffen, indem der Ansatz für Wohngeldausgaben trotz degressiver Kostenentwicklung auf dem Niveau von 630 Mio. Euro pro Jahr fortgeführt wird.
- 2.16. **Verkehr und digitale Infrastruktur.** Die Ausgaben des Regierungsentwurfs belaufen sich auf rund 23,1 Mrd. Euro. Rund 55 Prozent davon (12,8 Mrd. Euro) entfallen auf Investitionsausgaben. Die Investitionen für Straße, Schiene und Wasserstraße sowie den Kombinierten Verkehr liegen deutlich oberhalb der bisherigen Finanzplanung und steigen auf 10,8 Mrd. Euro. Im Koalitionsvertrag wurden für diese Legislaturperiode zusätzliche 5 Mrd. Euro für öffentliche Verkehrsinfrastruktur beschlossen. Davon sollen im kommenden Jahr 1,0 Mrd. Euro eingesetzt werden.
- 2.17. **Schlussrunde.** Nachdem die Plenaraussprachen über die Schwerpunkte eines jeden Einzelplans stattgefunden haben, wird am Ende der Sitzungswoche der Gesetzentwurf für den Bundeshaushalt 2015 an die Ausschüsse überwiesen. Dort beginnt die Detailarbeit. Die endgültige Entscheidung, wofür der Bund 2015 Geld ausgeben kann und soll und wofür nicht, trifft der Deutsche Bundestag in seinen abschließenden Beratungen im November.

## II. Daten und Fakten

1. **Zahl der Einschulungen gesunken.** Im Schuljahr 2013/2014 kamen nach vorläufigen Ergebnissen in Deutschland rund 690.000 Kinder in die Schule. In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Einschulungen aufgrund des demografischen Wandels stark zurückgegangen: So kamen zu Beginn des neuen Jahrtausends im Schuljahr 2000/2001 noch rund 812.000 Kinder in die Schule. Im Vergleich dazu sank die Zahl der Einschulungen 2013/2014 um 15 Prozent. Besonders deutlich war der Rückgang im früheren Bundesgebiet: Während hier im Schuljahr 2000/2001 rund 708.000 Kin-

der in die Schule kamen, waren es 2013/2014 knapp 21 Prozent weniger (561.000). In den neuen Ländern und Berlin stieg die Zahl der Einschulungen im gleichen Zeitraum dagegen von 104.000 auf 129.000 (+ 24 Prozent). Dies ist darauf zurückzuführen, dass sich die Einschulungen dort zu Beginn des neuen Jahrtausends bereits auf niedrigem Niveau befanden. Grund dafür war der Geburtenrückgang nach der deutschen Wiedervereinigung.

*(Quelle: Statistisches Bundesamt)*

- 2. Fokus Pflege.** Gegenwärtig sind in Deutschland 2,6 Millionen Menschen pflegebedürftig. Davon werden mehr als zwei Drittel (70 Prozent) zu Hause gepflegt. Infolge des demografischen Wandels wird sich die Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2030 auf schätzungsweise 3,5 Millionen erhöhen. Im Hinblick auf diese Entwicklung arbeitet die Koalition an der Stärkung der Pflege: Noch in diesem Jahr sollen die Leistungen der Pflegeversicherung um insgesamt 2,4 Milliarden Euro verbessert werden. Dabei steigen die meisten Leistungsbeträge pauschal um 4 Prozent. Auch wird der Zuschuss für die altersgerechte Umrüstung der eigenen vier Wände um 1.600 Euro auf dann bis zu 4.000 Euro angehoben. Davon profitieren Pflegebedürftige und Angehörige. Gleichzeitig wird die Finanzierungsgrundlage der Pflegeversicherung gestärkt. Neben einer Beitragserhöhung um 0,3 Prozentpunkte wird ein Pflegevorsorgefonds bei der Bundesbank angelegt, der die Beitragssätze stabilisiert, wenn in 20 Jahren die geburtenstarken Jahrgänge ins Pflegealter kommen.

*(Quelle: Bundesministerium für Gesundheit)*

- 3. Ausbildungsförderung modern und bedarfsgerecht.** Im vergangenen Jahr sank die Zahl der BAföG-Empfänger um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr. 959.000 Personen erhielten demnach im Jahr 2013 Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz; davon waren 293.000 Schüler und 666.000 Studierende. Mit dem 25. BAföG-Änderungsgesetz bereitet die unionsgeführte Koalition nun den Weg in eine moderne Ausbildungsförderung: Der Kreis der Geförderten wird um bis zu 110.000 Personen erweitert, indem die Einkommensfreibeträge um 7 Prozent angehoben werden. Auch wird die Hinzuverdienstgrenze auf 450 Euro erhöht, so dass BAföG-Empfänger in Zukunft kontinuierlich einen so genannten Minijob ausüben können. Die Bedarfssätze werden um 7 Prozent angehoben; der Wohnzuschlag steigt auf 250 Euro und trägt damit den gestiegenen Kosten für studentisches Wohnen Rechnung. Auch die Länder profitieren: Der Bund übernimmt ab 2015 die volle Finanzierung der BAföG-Leistungen und entlastet sie damit um 1,17 Milliarden Euro jährlich. Die Länder haben im Gegenzug zugesagt, diese Summe in Schule und Hochschule zu investieren.

*(Quelle: Bundesministerium für Bildung und Forschung)*

- 4. Jugendarbeitslosigkeit in der Europäischen Union sinkt um eine halbe Million.** Zum Zeitpunkt der Konferenz zur Förderung der Jugendbeschäftigung in Europa im Juli 2013 im Kanzleramt waren in der Europäischen Union rund 5,6 Millionen Jugendliche unter 25 Jahren ohne Beschäftigung. Seitdem gab es einen kontinuierlichen Rückgang auf 5,1 Millionen im Juni 2014. Wichtigste Ursachen für Jugendarbeitslosigkeit sind nach Einschätzung einer aktuellen wissenschaftlichen Untersuchung Defizite im Bil-

dungs- und Ausbildungssystem, länderspezifische Regelungen etwa im Kündigungsschutz und ineffektive arbeitsmarktpolitische Instrumente. Kurzfristig komme es auch darauf an, junge Menschen besser über Beschäftigungschancen im Ausland aufzuklären, sie zu motivieren und bei den ersten Schritten zu unterstützen.

*(Quelle: de.statista.com; Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung ZEW)*

### III. Infomaterialien

1. Sie können in Anlage 1 noch einen Brief des Bundesfinanzministers zum Bundeshaushalt lesen.
2. Die Unionsfraktion hat in einem Flyer die Maßnahmen zur Innovationsforschung zusammengestellt. Sie können diesen in meinem Wahlkreisbüro abholen oder diesen unter [fraktion@cducsu.de](mailto:fraktion@cducsu.de) herunterladen (Bildung und Forschung als Schlüssel für die Zukunft Deutschlands)
3. Presseinfo zum Bundeshaushalt- siehe Anlage 2

### IV. Termine:

Einen Überblick der Termine finden Sie auf meiner Internetseite unter:

[www.maria-michalk.de](http://www.maria-michalk.de)

#### Impressum:

- Wahlkreisinformationsdienst MdB Maria Michalk, Tel. 03591 – 35 12 05
- Wenn Sie aus dem Verteiler gestrichen werden wollen, teilen Sie das bitte mit unter [maria.michalk@wk.bundestag.de](mailto:maria.michalk@wk.bundestag.de).

An die  
Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

An die  
Mitglieder der SPD-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

BETREFF **Bundshaushalt 2015 und Finanzplan bis 2018 —  
Die richtigen Weichen für die Zukunft stellen**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in dieser Woche beraten wir im Deutschen Bundestag den Regierungsentwurf für den Bundshaushalt 2015 und den Finanzplan bis 2018. Die Beratungen fallen in eine Phase zunehmender internationaler Verunsicherung aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in Europa und in Europas Nachbarschaft, eines weiterhin hohen Reformbedarfs in den Staaten der Eurozone und einer Dämpfung der wirtschaftlichen Dynamik in mehreren großen Schwellenländern.

Die wirtschaftlichen Aussichten in Deutschland sind weiterhin gut. Daran ändern auch die jüngsten Quartalsdaten zum Bruttoinlandsprodukt nichts. Die Beschäftigung in Deutschland befindet sich auf einem Rekordniveau und die Löhne steigen spürbar. Aber das weiterhin fragile politische und wirtschaftliche Umfeld erinnert uns daran, dass eine gute wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland keine Selbstverständlichkeit ist. So wie die Unternehmen sich täglich neu ihre Wettbewerbsfähigkeit erarbeiten müssen, so muss die Politik täglich neu an zukunftsfähigen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen arbeiten.

Dabei kommt es nicht zuletzt auf Stabilität und Verlässlichkeit an. Die europäischen Staaten müssen angekündigte Strukturreformen konsequent umsetzen. Wir müssen die europäische Bankenunion sorgfältig vollenden. Und wir müssen weiterhin am Abbau übermäßiger Verschuldung der europäischen Staaten arbeiten. Verlässlichkeit auf diesen Gebieten schafft Vertrauen in die Zukunftsfähigkeit Europas. Vertrauen, das elementar wichtig ist für den Investitionsstandort ebenso wie für die aus wirtschaftlicher Stärke resultierenden Möglichkeiten Europas, politischen und wirtschaftlichen Krisen zu trotzen.



Deutschland muss der Stabilitätsanker in Europa bleiben. Hierzu leistet die jetzt im Bundestag zu beratende Haushaltsplanung einen wichtigen Beitrag. Wir haben uns gemeinsam vorgenommen, dass der Bund ab dem Jahr 2015 ohne neue Schulden auskommen soll. Dies auch in einem schwieriger werdenden Umfeld zu erreichen ist kein Selbstzweck. Die Präambel des Koalitionsvertrages bringt es gut auf den Punkt: Mit unserer Haushaltspolitik schaffen wir auch weiter die Voraussetzungen für eine stabile Währung, für Wachstum und sichere Arbeitsplätze. Wir leisten damit Vorsorge für eine gute Zukunft.

Auch wenn ausgeglichene Haushalte schon ihrerseits eine wichtige Grundlage für ein angemessenes Wirtschaftswachstum sind, müssen wir in den kommenden Jahren noch stärker auf die Wachstumsorientierung in der Ausgabenstruktur des Bundeshaushalts achten. In den vergangenen Jahrzehnten ist es in allen öffentlichen Haushalten zu einer Verschiebung von Ausgabenanteilen zu Lasten zukunftsorientierter Investitionen gekommen, die wir in den kommenden Jahren schrittweise umkehren müssen.

Deutschland steht weiterhin gut da. Bei den Ausgaben für Forschung und Entwicklung befinden wir uns in der absoluten Weltspitze. Unsere Hochschulen und das duale Ausbildungssystem erreichen einen sehr hohen Ausbildungsstand für nahezu die gesamte Bevölkerung. Deutschland gilt weltweit als hervorragender Logistikstandort — die Wahrnehmung Deutschlands in der Welt ist keineswegs durch Schlaglöcher geprägt. Dennoch gilt: Wir müssen uns das kontinuierlich neu erarbeiten und hierfür auch die Zukunftsorientierung der öffentlichen Haushalte stärken.

Der Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 2015 leistet hierzu einen guten Beitrag:

- Die Verkehrsinfrastruktur stärken wir durch die Bereitstellung von zusätzlich 5 Mrd. Euro über die gesamte Legislaturperiode. Die Investitionslinie im Bereich Verkehr zeigt damit weiter nach oben: Ausgehend von rund 10 Mrd. Euro im Jahr 2013 steigen die Verkehrsinvestitionen auf fast 12 Mrd. Euro im Jahr 2017. Zur Erhöhung der Flexibilität des Mitteleinsatzes werden die Verkehrsinvestitionsmittel in Schiene, Straße und Wasserstraße ohne Einsparverpflichtung im Einzelplan des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur überjährig bereitgestellt. Darüber hinaus wollen wir mehr private Finanzierung öffentlicher Infrastruktur ermöglichen.

Der Bund übernimmt künftig auch den bisherigen Finanzierungsanteil der Länder am BAföG. Damit werden bei den Ländern allein bis 2017 dreieinhalb Mrd. Euro frei, um Investitionen in Schulen und Hochschulen zu verstärken. Mit der BAföG-Novelle wird die finanzielle Unterstützung von Schülern und Studenten spürbar angehoben, zudem können mehr Schüler und Studenten in den Genuss einer BAföG-Förderung kommen,

Nicht zuletzt beteiligt sich der Bund weiterhin am Hochschulpakt, um auch für die Zukunft ein hinreichendes Maß an gut ausgestatteten Studienplätzen zu sichern. Für den Hochschulpakt stehen 2015 gut 2,1 Mrd. Euro zur Verfügung. Für den Qualitätspakt Lehre sind weitere 200 Mio. Euro vorgesehen.

- Für die Förderung von Forschung und Entwicklung stellt der Bund zusätzliche 3 Mrd. Euro in dieser Legislaturperiode bereit. In diesem Rahmen wird die Exzellenzinitiative weiterentwickelt, der Pakt für Forschung und Entwicklung fortgesetzt und die Hightech-Strategie zu einer umfassenden ressortübergreifenden Innovationsstrategie für Deutschland ausgebaut. Wir erfüllen damit das 3-Prozent-Ziel der Europa-2020-Strategie der Europäischen Union, wonach mindestens 3 Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden sollen. Damit liegt Deutschland im internationalen Vergleich weiterhin in der absoluten Spitzengruppe. Das stärkt die Innovationskraft unseres Landes und baut die Grundlagen unseres zukünftigen Wohlstands aus.
- Ergänzend zu den 5,4 Mrd. Euro Unterstützung der Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung für Unterdreijährige bis Ende 2014 stockt der Bund das Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ noch einmal um 550 Mio. Euro auf und erhöht auch den Betriebskostenzuschuss von 845 Mio. Euro pro Jahr in den Jahren 2017 und 2018 um weitere je 100 Mio. Euro. Der dynamischen Entwicklung des Elterngeldes aufgrund der Lohnsteigerungen und einer stärkeren Inanspruchnahme durch Väter haben wir durch eine deutliche Aufstockung im Finanzplan Rechnung getragen.
- Nachdem die Kommunen in den vergangenen Jahren u. a. durch die vollständige Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund massiv entlastet wurden, haben wir eine weitere Entlastung von 1 Mrd. Euro pro Jahr für 2015 bis 2017 auf den Weg gebracht. Die massive finanzielle Entlastung der Kommunen durch den Bund zahlt sich inzwischen offenbar aus: In ihrer Gesamtheit haben sie schon das zweite Jahr in Folge einen Finanzierungsüberschuss erzielt. Die kommunalen Investitionen sind nach aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamtes im vergangenen Jahr um 8,4 Prozent gestiegen.

All dies zeigt: Unsere Politik ist auf die Sicherung der Wohlstandsgrundlagen von morgen ausgerichtet, ohne die soziale Balance in Deutschland zu vernachlässigen. Wir stärken die Investitionstätigkeit auf allen staatlichen Ebenen — im Bund und über die Entlastung der Länder- und Gemeindehaushalte auch in den Regionen und Kommunen vor Ort. Mit unseren zusätzlichen Ausgaben für Bildung und Forschung sichern wir Deutschland einen internationalen Spitzenplatz in der Wissenschaft. Unsere Aufgabe ist es, beides zu schaffen: Stabilität und Zukunftsvertrauen durch ausgeglichene Haushalte, zugleich weitere Vorsorge durch eine klare Investitionsorientierung.

Mit freundlichen Grüßen



## **Pressemitteilung**

### **Erste Beratung zum Bundeshaushalt 2015 - Stiftungsmittel in bisheriger Höhe notwendig**

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche die erste Lesung des neuen Bundeshaushaltes auf der Tagesordnung.

Die Monate September und Oktober stehen ganz im Zeichen der Parlamentsberatungen. Ziel ist, in der 48. Kalenderwoche einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen.

Erwartungsgemäß sieht der Regierungsentwurf nach der mittelfristigen Finanzplanung für die Stiftung für das sorbische Volk die bisherige Zuweisung in Höhe von 8,2 Millionen Euro vor.

Es besteht aber Einigkeit unter den Abgeordneten, dass der Bundeszuschuss wie 2014 die Höhe von 8,7 Millionen Euro erreichen muss. Hier ist der Haushaltsausschuss erneut mit einem entsprechenden Beschluss gefordert.

Die zu erwartenden Tarifsteigerungen von etwa 3 Prozent, die die Tarifparteien vereinbart haben, bedeuten für die sorbischen Einrichtungen einen Mehrbedarf an Personalkosten von etwa 515.000 Euro. Allein dieser Fakt zeigt deutlich die Notwendigkeit, das bestehende Finanzierungsabkommen zwischen dem Bund, dem Freistaat Sachsen und dem Land Brandenburg nach den Landtagswahlen neu zu verhandeln.